

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 17/0398

Land Berlin muss gesundes Schulessen garantieren!

Der Antrag erhält folgende Fassung:

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. den Portionspreis für das Mittagessen an Grund- und Sonderschulen so festzulegen, dass eine Essensqualität gemäß den geltenden Qualitätsstandards für ein gesundes Essen gewährleistet werden kann;
2. den Beitrag der Erziehungsberechtigten für die Beköstigung im gebundenen und offenen Ganztagsbetrieb der Grund- und Sonderschulen in Höhe von 23 Euro pro Monat beizubehalten und den Landeszuschuss bei einer Erhöhung des Portionspreises bedarfsgerecht zu erhöhen und diesen den Bezirken zweckgebunden zuzuweisen;
3. die vertraglich festgelegten Qualitätsstandards durch die Einrichtung einer, die Verbraucherinnen und Verbraucher einbeziehenden Qualitätskontrolle in den Bezirken regelmäßig zu überprüfen;
4. zu den nächsten Haushaltsberatungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass allen Grundschulkindern, unabhängig von ihrer Teilnahme an der ergänzenden Förderung und Betreuung, ein subventioniertes Mittagessen zu einem Preis von 23 Euro pro Monat angeboten werden kann;

Dem Abgeordnetenhaus ist zu den Punkten 1 bis 3 bis zum 30. März 2013 zu berichten

Begründung:

Die vom Land Berlin den Bezirken zugewiesenen Mittel für die Mittagessenversorgung reichen offensichtlich nicht aus, wie auch das von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft in Auftrag gegebene Gutachten zur „Beurteilung der Kosten- und Preisstrukturen für das Bundesland Berlin unter Berücksichtigung des Qualitätsstandards in der Schulverpflegung“ belegt, um ein gesundes Mittagessen anzubieten. Aus bezirklichen Kassen wird schon jetzt zugezahlt – je nach finanziellen Möglichkeiten. In der Folge hängt die Qualität des Mittagessens von der Kassenlage des jeweiligen Bezirks ab. Ist der Bezirk arm dran, ist auch das Essen schlechter. Mittlerweile klagen die Bezirke übereinstimmend, dass sie die Mehrkosten nicht tragen können.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des schulischen Ganztagsbetriebs und der Notwendigkeit, allen Schülerinnen und Schülern in allen Bezirken ein gesundes Mittagessen anbieten zu können, besteht erheblicher Handlungsbedarf, dem sich der Senat nicht verschließen darf. Dazu gehört auch, für die Grundschul Kinder, die kein subventioniertes Mittagessen erhalten, weil sie nicht am gebundenen oder offenen Ganztagsbetrieb teilnehmen, die Voraussetzungen für den Erhalt eines subventionierten Mittagessens zu schaffen. Dieses betrifft immerhin mehr als die Hälfte aller Grundschul Kinder.